

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu erhalten. — Der Abonnementspreis beträgt 5.— Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 35

Sonntag, den 29. August

1920

## Aufruf zum Ersten Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss und der provisorische Beirat der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter haben in ihrer Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem Kongress der Betriebsräte Deutschlands zum 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin, Neue Welt, Sassenheide, einzuberufen.

Diese Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Referent: H. Wiffel).
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und Sozialstruktur (Referent: Genosse Dr. Hifferding).
3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Referent: Dittmann Rörpel).
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Referent: Genosse Brodat).

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der Afa angehörenden Organisation Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte der jeweiligen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

## Wahl Angefallener Betriebsräte, Arbeiter und Angestelltenräte!

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt in schärferen Formen an. Unter dem Druck einer fürchterlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf Gemeinwohl werden Betriebe unter niedrigen Vorwänden geschlossen. Der Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer ist die Sabotage der schwer erlittenen, bestehenden, das Betriebsinteresse der Arbeiter Angefallener hinzu. Aus diesen Gründen ist eine beschleunigte und in sämtlichen Arbeitnehmerkreisen eingetragene und Drang nach Einfluss und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluss kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, die ebenfalls die Gewerkschaften haben. Die wirtschaftliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die durch ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien durch den Kongress herbeigeführt werden. Dieser hat gegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird die Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Wirken und die Einheit der Arbeitervertretung in den Betrieben bewirken können.

## Der geschäftsführende Ausschuss:

Gen. Wiffel, Brunner, Dittmann, Brodat, A. D. G. W. gen. Aufhäuser, Klingner, Rörpel, Wfa. provisor. Beirat der geschäftsführenden Betriebsrätezentrale: Wfa (Metallindustrie), Leipzig, Wfa (Bergbau), Berlin, Wfa (Eisen- u. Stahlindustrie), Chemnitz, Wfa (Lebens- u. Genussmittel), Wfa (Textilindustrie), Wfa (Chemie), Wfa (Holzindustrie), Wfa (Landwirtschaft), Wfa (Metallindustrie), Wfa (Lebens- u. Genussmittel), Wfa (Textilindustrie), Wfa (Chemie), Wfa (Holzindustrie), Wfa (Landwirtschaft), Wfa (Metallindustrie), Wfa (Lebens- u. Genussmittel), Wfa (Textilindustrie), Wfa (Chemie), Wfa (Holzindustrie), Wfa (Landwirtschaft).

## Reichswirtschaftsrat gegen den Lohnabbau.

Der Reichswirtschaftsrat hat bekanntlich in seiner Sitzung einen Antrag Wiffel, der auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Schwächen hinweist, die mit der andauernden Stilllegung von Betrieben der Beschränkung der Produktion verbunden sind, in Aussicht überwiegen. In einem Unterwettbewerb, aus Mitgliedern des sozialpolitischen und des wirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats zusammengestellt ist, wurden die hier in Betracht kommenden Momente einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen. Wie wir erfahren, hat dieser Unterwettbewerb seine Urteile in der Interkommission der beiden Räte, die darauf zurückzuführen ist, daß die Warenpreise eine Steigerung erfahren haben, die weit über die durch den Rückgang der Produktion hinausgeht. Ein Lohnabbau würde dieses Uebel nicht beheben, sondern nur noch verschlimmern. Es müssen also andere Wege gesucht werden, und der Unterwettbewerb erblickt diese in einer Zerstärkung der Produktionsmethoden und einer Beschränkung der Rohstoffpreise und der Produktions- und Handelsgewinne. Der Unterwettbewerb hat sich nicht auf diese allgemeinen Gedankengänge beschränkt, sondern er hat tiefer gegriffen, und er macht praktische Vorschläge zur Verwirklichung seiner Anregungen.

Von den Vertretern der Arbeiter ist bisher schon immer wieder darauf hingewiesen worden, daß dies der Weg sei, um aus der herrschenden Krise herauszukommen. Die Gewerkschaften müssen sich energisch gegen kurzfristige Unternehmer und deren Organisationen zur Wehr setzen, die alles Geld in dem Abbau der Löhne zu erblicken glauben. Die Bedeutung der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats (es bezieht nämlich kein Grund, daran zu zweifeln, daß dessen Meinungen den Beschlüssen des Unterwettbewerbs entsprechen) wird liegt darin, daß die heroischen Führer der Industriellen, die widerstrebenden Kapitane der Industrie, der angebotenen Auffassung beigetreten sind und ihr Votum gegen den Abbau der Löhne abgegeben haben. In dem Kampfe gegen kurzfristige Unternehmer, die in dem schlechten Geschäftsgang die beste Gelegenheit erblicken, die Löhne der Arbeiter zu drücken, müßte uns die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats als vortreffliche Waffe dienen.

Zunächst handelt es sich freilich nur um eine moralische Unterstützung, die wir unserer Seite finden. Aber der Entschluß des Reichswirtschaftsrats wird auch praktische Folgen haben werden müssen. Der Reichswirtschaftsrat hat freilich keine gesetzgeberischen Befugnisse, aber er ist dazu eingesetzt, den gesetzgebenden Faktoren Anregungen in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu geben. Diese Anregungen haben um so größeren Gewicht, als es sich um die übereinstimmenden Ansichten der besten Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter handelt. Man darf deshalb hoffen, daß die Reichsregierung recht bald mit Maßnahmen heraustritt, die sich in der Richtung der vom Reichswirtschaftsrat gegebenen Anregungen bewegen.

Das einzelne Forderungen des Antrages Wiffel lauten:

1. Der Abbau von Betrieben oder die wesentliche Einschränkung der Produktionsmöglichkeit eines Betriebes durch ganzen oder teilweisen Verkauf bisher zum Betriebe benutzter Produktionsmittel ist unter einer vorherigen Anmeldepflicht zu stellen und von einer Genehmigung abhängig zu machen.
2. Die Stilllegung von Betrieben ist im einzelnen Falle durch einen Sachverständigen unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitnehmern auf ihre volkswirtschaftliche Berechtigung zu prüfen. Dem Ausschuss ist das Recht zu geben, Maßnahmen zur Fortführung des Betriebes bei einer öffentlichen Stelle in die Wege zu leiten. Als solche Maßnahmen sind in Aussicht zu nehmen: a) die Erteilung von öffentlichen Aufträgen durch Vermittlung der beteiligten Fachorganisationen, b) die Verpflichtung der Rohstoffgesellschaften, die ihrer Verpflichtung unterliegenden Rohstoffe zu den der Marktlage entsprechenden Preisen den Verbrauchern abzugeben, c) die Gewährung von Betriebskapital durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Gewerkschaften, d) die Gewährung von Ausfuhrerlaubnis unter gleichzeitiger Rückgabe für den notwendigen Inlandsbedarf. Die zu a bis d genannten Aufgaben sollen an eine einheitliche, nicht nach bureaukratischen Grundrissen zu leitende, selbständige öffentliche Stelle übertragen werden.
3. Bei Abbrüchen sowie bei Stilllegung trotz Beanstandungen oder Verbot der dazu in Aussicht genommenen Stelle, bei denen der Unternehmer eine nach den Grundrissen von 2a bis d angebotene Hilfe ablehnt, ist der öffentlichen Stelle oder einer vorhandenen Berufsleistung das Recht zu geben, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen, zu verpachten oder zu enteignen. Auch können die Rohstoffe und sonstige Betriebsstoffe alsbald einer Verwertung in anderen Betrieben zugeführt werden.
4. Die Behördenverpflichtung ist mit möglichster Beschleunigung zu befehlen.
5. Sobald bei Rohstoffen der inländische Warenpreis im Verhältnis zum letzten Friedenspreis höher liegt, als das jeweilige Durchschnittsverhältnis von Goldmark zu Papiermark und zur Preissteigerung auf dem Weltmarkt, ist die Ausfuhr des betreffenden Rohstoffes zu untersagen.
6. Während der durch die Krise erzwungenen Kurzarbeit ist den Arbeitern pro ausgefallene Arbeitsstunde ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohnes als Mittel der Erwerbslosenfürsorge zu vergüten.
7. Es ist zu prüfen, welche Bestimmungen einem angemessenen Abbau der Preise aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten privaten Straßenzug der Verbände entgegen und welche gesetzlichen und administrativen Maßnahmen dagegen in Betracht zu ziehen sind.

Dazu kommen Vorschläge für einzelne Industriezweige.

Im Anschluß an die Berichterstattung nahm Staatssekretär Dr. Giesch vom Reichswirtschaftsministerium zu dem Problem Stellung. Er möchte zur Eile und zur sorgfältigen Erwägung der Angelegenheit, da die Krise sich verschärfen werde, sobald die Folgen des Rohstoffabkommens von Spa wirksam werden. Er möchte einige unmittelbar bevorstehende Maßnahmen der Regierung an. Größere Rohstoffarbeiten werde die Regierung schon in kürzester Zeit beginnen. Der Anfang werde mit dem Bau des Rhein-Danub-Kanals gemacht werden und mit der Reichs-Kanalisation, ferner werde nächstens eine Meldepflicht für alle Betriebsstilllegungen gesetzlich eingeführt werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird besonders in der Textilindustrie durchgeführt werden, zunächst in beschränktem Umfang. Die bestellten Waren sollen den Verarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Giesch möchte aber auch darauf noch mehr achten, daß dies Mittel, auch die vom Unterwettbewerb vorgeschlagenen Maßnahmen nicht genügen werden. Kein Mittel der Preispolitik könne die Folgen der Inflation aufheben. Alle Maßnahmen werden wieder ausgeglichen, solange auf der Geldseite neue zusätzliche Kaufkraft geschaffen wird. Der Preisabbau habe bei den Rohstoffen kontrollierten Waren, wie Braunkohle, Eisen, Zement bereits begonnen. Bei den Waren, die dem freien Handel überlassen sind, eine allgemeine Preisüberwachung einzuführen, müßte vorher die notwendigen sachlichen Organisationen geschaffen werden. Man könne die Fragen der Preispolitik nicht dem Staatsanwalt überlassen.

## Lohn- und Caribewegungen.

### Aus der Zigarrenindustrie.

#### Bestreben für das besetzte Gebiet.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Bestrebenstariffes für das besetzte Gebiet fanden am 17. und 18. August in Bonn statt. Es ist einsehbarer, daß der Abschluß noch nicht erzielt werden konnte, sollen die Verhandlungen am 1. September fortgeführt werden. Ueber das Gesamtresultat werden wir dann berichten.

### Wort- und Kartoffelzulagen vor dem Schlichtungsausschuss Dresden.

Die in der Dresdener Zigarrenherstellung beschäftigten Tabakarbeiter hatten vor einiger Zeit den Arbeitgebern Forderungen auf Erhöhung der Wort- und Kartoffelzulagen unterbreitet. Zu einer Verständigung kam es nicht, so daß die Tabakarbeiter sich an den Schlichtungsausschuss wenden mußten. Die am 9. August stattgefundene Verhandlung endete mit der Fällung des folgenden Schiedsspruches: „Die in der beigefügten Liste angeführten Arbeitgeber der Zigarrenbranche werden verpflichtet, ihren Arbeitnehmern bis zum 1. März 1921 25 Jahren eine Wort- und Kartoffelzulage von 15 M., den über 25 Jahre alten eine solche von 20 M. zu zahlen und zwar rückwirkend ab 1. Juni 1920.“

### Aus der Zigarrenindustrie.

#### Lohnbewegung in Berlin!

Zu diesem Artikel im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 30 findet sich eine Anmerkung der Redaktion, gegen die wir uns im Interesse der Klarstellung des Sachverhaltes wenden müssen. Wir wollen wir bemerken, daß uns die Stellungnahme der Redaktion fast nach Verlesung durch den Vorstand aussieht. Zur Sache selbst wollen wir bemerken, daß unser Gauleiter Kollege Fischer in einer Sektionsversammlung der Berliner Zigarrenarbeiter, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte, zugegen war, selbst hierzu das Wort ergriß, also auch unterrichtet war. Zur Zeit, als die Situation kritisch wurde, war der Kollege Fischer auf Agitationstour, mußte im Interesse der Organisation tätig und für uns nicht erreichbar. Jetzt beschreiben wir den Weg, worauf auch die Berliner glauben, ein Anrecht zu besitzen und zwar wünschten wir das Eingreifen des Vorstandes, denn es hatte schon unseres ganzen Einflusses bedurft, um die Kollegen von der Arbeitsunterbrechung abzuhalten. Anstatt Eingreifen des Vorstandes erhielten wir den erwähnten Brief, aus dem wir nur „Bureaukrtismus“ und „Antipathie gegen die Berliner“ erkennen konnten. Die „Schlagmorte“ der Redaktion, „wenn die Karre verfahren ist“, sind uns ein Rätsel, denn eine ernste Situation ergibt sich in der Regel doch erst dann, wenn die Verhandlungen erschöpft sind, und dieser Fall war in der Berliner Bewegung eingetreten.

Sollte die Redaktion ein Interesse über die Stimmung der Berliner Kollegen ihren Funktionären gegenüber bekunden, so könnte dem sehr leicht durch eine Mitgliederbefragung, an der auch der Vorstand teilnimmt, abgeholfen werden; dann könnten die Berliner Kollegen den „Wirt“, Nachschuß zu fordern, in die Tat umsetzen. Daß die Funktionäre unserer Zigaretten eine „verfahrene Karre“ auch ohne Hilfe des Vorstandes wieder in Gang bringen können, beweist der Abschluß der Bewegung: „90 Prozent für Alle“, ob männlich oder weiblich.

Zum Schluß möchten wir unsere Auffassung über die Tätigkeit eines Vorstandes dahin zu erkennen geben, daß wir dieselbe nicht nur im Regierest von Zeitlichen und Sachlichen Zahlen sehen, sondern nach unserer Ansicht hat man auch in Bewegungen eingegriffen, an der circa 2800 Mitglieder beteiligt







nehmung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation respektiert hat. Grund dessen besteht die Konferenz, die Organisationsleitung zu beauftragen, an die Reichsregierung heranzutreten, damit dieser Willkür ein Ende bereitet wird.

**Gießen.** Die ausgeschriebene Stelle eines zweiten Ortsbeamten ist am 16. August durch den Kollegen Johann Schmidt a. n. a. als Fortsch. besetzt worden. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

**Groß-Bismen.** Am 18. August fand hier eine gut besuchte Mitgliebersversammlung statt. Als Referent war der Kollege **Kilian Kämmerer** aus Großhaußen erschienen. Er schilderte in weitgehender Weise die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. Ferner ging er auf die am 28. August stattfindende Bezirkskonferenz ein, wo der neue Kontrakt zur Verbesserung steht. Er ist der Meinung, daß man von der Zeitungsauflage abgehen und ein fester Grundlohn geschaffen werden müsse, womit man einigermaßen leben könne und nicht vegetieren müsse. Der Tarif dürfe auf nicht so lange Zeit abgeschlossen werden. Alle anwesenden Kollegen und Kolleginnen erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Zum Delegierten zur Bezirkskonferenz wurde der Kollege **Wilhelm Hofmann** einstimmig gewählt. In seinem Schlusswort streifte Kollege Kämmerer die traurigen Verhältnisse bei der Firma **Philips**; er wies darauf hin, daß dieser reiche Herr ruhig zusehen kann, wie seine Arbeiter, die ihn während des Krieges mündig gemacht haben, jetzt auf der Straße liegen. Kollege **M. Hofmann** beruhigte noch die arbeitslosen Kolleginnen betreffs der ihnen zu stehenden Staatsunterstützung damit, daß, wenn in aller nächster Zeit noch kein Bescheid da sei, er sich schriftlich an das Sozialamt in Hannau wenden werde. Nachdem der Kollege Kämmerer noch einmal die Zusammenkunft aufzupfordern sollte, fest und treu zum Verband zu halten, schloß der 1. Bevollmächtigte Kollege Hofmann die gut verlaufene Versammlung.

Die Arbeitslosenunterstützung wird jeden Sonntag von 12-1 Uhr beim 1. Bevollmächtigten **Wilhelm Hofmann** ausbezahlt.

**Frankfurt a. d. D.** Als am 25. Februar d. J. in Nr. 47 des „Holltreu“ ein Artikel über die Tabaksteuer und ihre Folgen stand, glaubten die Kollegen und Kolleginnen noch nicht, daß es so schlimm kommen könnte. Was sehen wir aber jetzt in unserer Ecke? Die größte Fabrik hat ihre sämtlichen Arbeiter, etwa 100 an der Zahl, entlassen, angeblich wegen Verlegung der Fabrik nach einem anderen Stadtviertel. Andere Fabriken haben die Arbeitszeit auf drei Tage und täglich auf vier Stunden verlegt, weil der Absatz ins Stocken geraten ist, und auf Lager wollen sie nicht arbeiten lassen. Da sehen wir wieder, was schon immer gesagt worden, die Fabrikanten kümmern sich um den Profit, nicht um die Arbeiter, nicht um die Verkäufe, sondern nur um den Gewinn. Sie haben ihre Fabriken gefüllt. Die Abnahme der Zeitungsaufträge beweist es zur Genüge. Man will die Fabriken schließen, und die kleinen Fabrikanten sollen mitmachen. Der Zweck ist sehr klar erkennbar. Man will die Arbeiter dem Elend preisgeben, daß sie willfährig werden, und die kleinen Fabrikanten will man dem Staat preisgeben, um dem freien Handel ihre Konkurrenz los zu werden. Darum sollten die kleinen Fabrikanten ihre Augen offen halten. Zum sei noch erwähnt, daß Herr D. seine Fabrik erst am 1. Oktober wieder in Betrieb stellen will. Ob er aber alle entlassenen Arbeiter wieder einstellt, soll zweifelhaft sein. Unsere Kollegen, sei auf der Spur mit den freien, die müssen Geld gemacht werden, auch wenn die nicht wieder in Arbeit treten können. Dann müßten dieselben ihren Lohn für die Freizeitszeit erhalten. Geht sofort Nachricht, wenn es nicht geschieht. Wenn Ihre Gut Curat traurige Lage bemerkt wird, dann darf das Spiel, welches sie mit uns treiben wollen, nicht gelingen, und es wird auch nicht gelingen. Bedenkt, wie es uns bei den letzten Wahlen im Jahre 1917 und 1918 ergangen ist. Und heute, wo wir den Tarif haben, und die Fabrikanten über die „hohen“ Löhne schreien, geht es uns noch schlechter, weil die Lebensmittelpreise weiter gestiegen sind, daß es zum Verzweifeln ist. Und jetzt die ungeheure Arbeitslosigkeit. Bedenkt weiter die 10 pft. Steuern. Der durchschnittliche Lohn beträgt hier pro Woche bei achtstündiger Arbeitszeit 75 bis 80 M. Best, wo die meisten Kollegen und Kolleginnen nur 24 Stunden pro Woche arbeiten, beträgt der Durchschnittslohn bei intensiver Arbeit höchstens 45 bis 50 M. Um notdürftigen Lebens brauchen der Mann, Frau und zwei Kinder 110 M. pro Woche, wo bleiben Miete, Kleidung und alles andere? Woher nehmen und nicht fehlen? Und dann will man uns noch abends mitreden mit Schüssen der Fabriken. Kollegen, die Lage ist ernst, darum nicht den Mut lassen. Nur treu und fest zur Organisationsleitung stehen. Besorgt, was die Organisation verlangt: Disziplin und Aufricht. Jede Arbeitsbedürfnisse muß aufhören. Denn es nützt niemand etwas, sondern es schädigt die Allgemeinheit. Also fort mit jeder Verschwörung, über Mühseligkeiten. Barmt von den Fabrikanten, sie halten fest zusammen. Sie müssen es unbedingt auch tun ohne jedes Sonderinteresse, nur dann können wir den Plan abschlagen. Auch die Regierung stehen wir in dieser Frage beiseite. Also einig und alle für einen Teil die Parole. Darum leset recht oft den „Tabak-Arbeiter“, werft ihn nicht weg, ohne zu lesen, denn da findet Ihr Unterstützung über unsere traurige Lage. Soja die Solidarität!

**Rochhausen.** Zur Veröffentlichung übermitteln wird uns folgende

**Resolution!**  
Die in der Rochhäuser Zigarrenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von der Ablehnung des Schiedsprüchtes durch den R. d. B. Die Höhe dieser Kategorie, die ja in vielen Fällen für männliche Versenkte Arbeiter noch unter zwei Mark die Stunde betragen und den der übrigen Berufs ein ganz bedeutendes niedrigeres, ließen erwarten, daß der Schiedspruch, der trotz der geringen Löhne nur eine 40-prozentige Lohnsteigerung vorsieht und von dem durch das Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schiedsgericht gefällt wurde, keines anerkannt werden würde. An diesen Tatsachen scheitern aber die Unternehmer ohne Bedenken darüber gegangen zu sein, denn sonst hätten sie von rein menschlichen Standpunkt aus, bis aus der bittersten Not heraus geborenen Forderungen der Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen nicht absehen können.

Die Besamnesten fordern vom Verbandsvorstand die Anwendung der härtesten Mittel, um die Unternehmer zu zwingen, den um ihre Existenz eingehenden Arbeitern dieser Industrie die Lebensnötigste zu schaffen und vor dem Untergang zu schützen.

**Verbandsmitglieder:** Rochhausen: H. Daak. B. Brelau: Deutscher Zigarrenarbeiter-Verband. C. Deidmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei, Berlin, 1. August 1920.

**Nichtigstellung.**  
In Nr. 31 des „Tabak-Arbeiter“ wurde unter der Überschrift „Der Schiedspruch ist abgelehnt“ Bezug genommen auf einen Artikel „Der angebliche Preisbruch der Zigarren“, der in verschiedenen Zeitungen erschienen ist und auch uns zur Veröffentlichung übermitteln wurde. Der Verfasser legt nun Wert auf die Feststellung, daß dieser Artikel nicht als vom Verbandsausfluß herrührend angesehen werden kann, da es ausschließlich einleitend heißt: „Dazu wird uns von sachverständiger Seite geschrieben.“ Zudem wird diese Feststellung gemacht, möchten wir noch bemerken, daß der „Tabak-Arbeiter“ eine solche Behauptung nicht aufgestellt hat, denn es wurde bemerkt, daß es sich um eine Zufahrt aus Fabrikantenteilen handelt. Im übrigen wird durch diese Feststellung an unserer Auffassung, daß man die jetzigen Zigarrenpreise nicht mit der Steigerung der Arbeitslöhne begründen kann, nichts geändert.

**Berichtigung.**  
In Nr. 34 sind durch ein technisches Versehen im Beiratsartikel einige Stellen verwechselt und ausgelassen worden. Um Unklarheiten zu beseitigen, sollen die in Frage kommenden Sätze wiederholt werden. Die in der vorigen Nummer fehlenden Worte sind gesperrt gedruckt.

Am 2. Absatz 1. Spalte muß es heißen:  
Bei guter Konjunktur nehmen die Fabrikanten alle Vorteile für sich in Anspruch und bei schlechter Konjunktur muß alles Nachteilige auf die Arbeiterinnehmer abgemäigt werden, so was früher und so soll es auch in Zukunft bleiben. Von der 9. Zeile der 2. Spalte ab muß es heißen:  
Im übrigen spielen die Arbeitssäfte bei der Preisfestlegung doch gar nicht die entscheidende Rolle, wie die Zigarrenfabrikanten immer der Öffentlichkeit und jetzt auch dem Reichsarbeitsministerium glauben machen wollen.

Der letzte Absatz der 2. Spalte muß beginnen:  
In ihrem Eifer gehen die Fabrikanten so weit, daß sie jetzt sogar betriebl. 15% Lohnzulage, die sie selbst vor dem Schiedsgericht angeboten haben, zahlen zu können.

**Graue Statistikkarten.**  
Sind mit dieser Nummer versandt worden. Wie bitten dringend, die Karten pünktlich und vollständig ausgefüllt bis spätestens 4. September an den Vorstand einzuliefern. Als Stichtag gilt der 28. August.

Die Karten müssen jetzt frankiert werden.

**Verbandsstil.**  
Als verloren gemeldet:  
**Hannover.** Die Mitgliedsbücher S. II 170 261 für **Friedr. Bierlich**, geb. am 11. 6. 1890, **Hannover**, einget. am 11. 12. 1908; **Herr Obermann**, geb. am 13. 11. 66 in (?) einget. den 2. 4. 02. (S. 1341/6 J. 20)  
**Ulm.** Das Mitgliedsbuch S. III 19891 für **Anna Michel**, geb. am 26. 12. 02 in Ulm, einget. den 24. 3. 19. (S. 1286/8 J. 20)  
**Gießen.** Die Mitgliedskarten für **Emma Welker**, geb. am 1. 6. 98, einget. den 15. 19. 1919; **Anna Welker**, geb. am 25. 7. 02, in Wiesch, einget. den 15. 9. 19. (S. 1359/7 J. 20)  
**Mannheim.** Die Mitgliedskarte für **Auguste Schopf**, geb. 9. 8. 1900 in Mannheim, einget. den 3. 2. 1920, **Rf. 2.** (S. 1300/10 J. 20)  
**Wien.** Die Mitgliedskarte für **Anna Schmitt**, geb. 15. 04 in Rüdelsheim, einget. den 18. 1. 1920, **Mf. 1.**  
**Mische**, geb. 31. 3. 1905 in Weiler, einget. den 3. 11. 19; **Marie Eberhardt**, geb. 8. 1. 08 in Rümmelesheim, einget. 30. 1. 20; **Marie Giesch**, geb. 14. 11. 04 in Rümmelesheim, einget. den 13. 9. 1919. (S. 1381/4 J. 20)  
**Hann-Münden.** Die Mitgliedskarte für **Emma Peter**, geb. 23. 1. 1904 in Münden, einget. 13. 10. 1919. (S. 1302/6 J. 20)  
**Elbing.** Das Mitgliedsbuch S. II 109 440 für **Vertra Strauß**, geb. 2. 3. 88 in Elbing, einget. den 30. 11. 18, **Rf. 2.** (S. 1372/5 J. 20)  
**Spemge.** Das Mitgliedsbuch S. II 34 904 für **Friedr. Remann**, geb. 1. 9. 97 in Spemge, einget. am 24. 9. 11, **Rf. 2.** (S. 1384/9 J. 20)  
**Wrad.** Das Mitgliedsbuch (?) für **Ida Weber**, geb. 23. 4. 1901 in Wrad, einget. (?) **Rf. 3.** S. 1389/5 J. 20)  
**Mannheim.** Die Mitgliedskarte für **Hilda Laborsne**, geb. 14. 6. 05 in Seidenheim, einget. den 19. 5. 20, **Rf. 2.** (S. 1389/11 J. 20)

Verlorenge Bücher und Karten sind ungültig und im Verzeugsregister zu konstatieren und an den Vorstand einzuliefern.

**Der Verbandsvorstand.**

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen:  
**Hannover:** Henschel 900, Klein-Speckenburg 2000, Johansen 2000, 11. Speckenburg 600, Bielefeld 800, Eignitz 1000, Gießen 7000, Wanen 1000, Braunshweig 600, Götting 900, Grauhaußen 300, 12. Hofen 1200, Elbing 3000, Seidenheim 9000, 13. Drösel 1500, Wetzlar 400, Cleve 410, 50, Kattberg 1000, Rauffen 2000, Mühlbacher 220, 14. Reichsf. 500, Seppenberg 700, Hannau 300, Beerfelden 98, Ritzsch 1500, Neulohheim 400, Unterwiesheim 400, Pforsheim 50, Meckesheim 200, Gemmingen 100, Tiefenbach 400, Neulautern 600, Münden 2000, Tannenbergr. 500, 15. Gahn 900, Pfaffenlofen 300, Ansbach 500, Rudersberg 400, Ringelstein 300, Sibirsk. 140, Gmünd 500, Schwab.-Fall 100, Seidenheim 1500, Bruck 200, Gamburg 4000, 16. Bernburg 1000, Wernheim 900, Luchenwalde 100, Radben 600, Wottho 1500, Einigloh 1500, Kirzfel 690, Reuzingen 700, Bremen, den 21. August 1920. **W. Heider-Weland.**

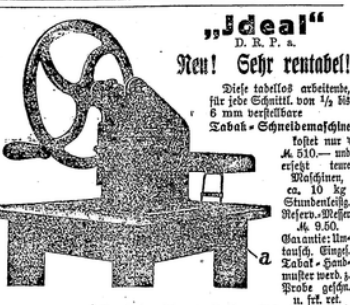
Eingegangene Abrechnungen vom 2. Quartal:  
**1. Gau Nordhausen:** Arnstadt, Gebese. **4. Gau Herford:** Bielefeld, Holfen, Seringshausen, Cleve, Radben, Grotz, Wam. **Westfeningen.** **5. Gau Frankfurt a. M.:** Offenbach a. M., Seppenberg, Worms. **6. Gau Seidenberg:** Bretten, Spenger. **7. Gau Offenburg:** Kirzfel, Reuzingen, Goslach. **8. Gau Erfurt:** Neustadt a. d. O., 10. Gau Breslau: Ratibor. **11. Gau Berlin:** Schönlanke, Lübben.

**Adressen-Änderungen.**  
**Frankenroda (8):** 1. Ben. Emil Schröder, Karl-Grübelstraße 60; 2. Ben. Wilhelm Weber, Karl-Grübelstr. 21. **Sogersweitz (10):** 1. Ben. Reinhold Labermann; 2. Ben. Karl Hair. **Lauffen (6):** 1. Ben. Georg Baumann, Langestraße 35; **Schönlanke (11):** 1. Ben. Saljo Epstein, Wilhelmstr. 49; 2. Ben. Stephan Dömlen, Wilhelmstr. 51.

Für die nächste Verzeichnisse in Baden wird ein  
**Ortsbeamter**  
gesucht, der auch die Agitation im Bezirk beaufsichtigen soll. Bewerber, die redlich befähigt und organisiert (sowie der Tabakbranche angehören) müssen, wollen ihre Bewerbungen, versehen mit einem Nachlass über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und den Aufgaben eines Ortsbeamten, bis zum 15. September d. J. an R. Deichmann, Bremen, Altona Wall 14, mit der Aufschrift „Bewerbung einreichen.“  
Das Verbandsmitglied beträgt einschließlich Teuerungszulage 18 200 M.  
Der Verbandsvorstand,  
R. Deichmann.



**Einrichtungsgegenstände**  
für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken  
Moderne Muster in praktischster Ausführung  
Verlangen Sie meine Preislisten  
**Heinrich Franck**  
Berlin N 54, Brunnenstrasse 22



**„Ideal“**  
D. R. P. a.  
Neu! Sehr rentabel!  
Diese tabaklos arbeitende, für jeht Schmidt, von 1/2 bis 6 mm verstellbare **Tabak-Schnelldampfmaschine** kostet nur 1 M. 510.— und ist leicht zu montieren. ca. 10 kg. Stundenschnitt. **Tabak-Schnelldampfmaschine** 11. M. 850.—  
Quantität, Einzelstücke, Einzel- und Ganzzugmaschinen werden in Probe gegeben.  
Von dieser allein, nach Spezial-Zug-Schnelldampfmaschine, D. R. G. M., 1. 908., ca. 1 Stk. **Excelsior**, konnte ich einen H. Boden äußerst günstig einlösen und offeriere solange Vorrat reicht: mit 2-Mark-Tab. M. 152.—, 3-Mark-Tab. M. 197.—, 4-Mark-Tab. M. 242.—, 4-Mark-Tab. M. 278.—, 2-Mark-Tab. M. 313.—, 3-Mark-Tab. M. 378.—, 4-Mark-Tab. M. 460.—. Alle Referenzen billig.

Freier noch lieferbar der betriebsreife **Tabak-Schn. „Forchstritt“** zu M. 2350, 2950, 59.—, 3-Mark-Meter M. 425, 5.—, 550.—, gefällige Beschreibung 6 hier.

**Große Tabak-Schnelldampfmaschinen** von M. 4780.— bis 60 000.— und sonstige Maschinen aller Art.

**Maschinen-Vertrieb „Gross-Berlin“, Abt. VII.**  
Bin-Treptow, Postfach 20, Postfach Berlin NW 7, Str. 70751

**L. Cohn & Co.**  
Berlin N., Brunnenstr. 24  
Gegründet 1870.

Aeltestes Fabrik- und Handelsgeschäft für sämtliche Utensilien für Zigarrenfabriken und Zigarrengeschäfte.  
Lagerbesuch unbedingt lohnend.

**Dauerheime**  
Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der **Volkskraft** **Volkskraft** **Volkskraft**  
Gesellschaft - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 5.  
**Kleine & Co.**  
Bremen V.